

Christen in der Türkei

Von der Wiege des Christentums bis zur verfolgten Minderheit
Vortrag von Bischof Luigi Padovese ein Jahr vor seinem Tod

ROM, 25. Juni 2010 (ZENIT.org) - Der in diesem Monat in der Türkei ermordete Bischof Luigi Padovese, der fließend Deutsch beherrschte, war regelmäßig zu Vortragsreisen in Deutschland eingeladen. Als ehemaliger Professor für Patristik und später als Vorsitzender der türkischen Bischofskonferenz kannte er die Geschichte des Christentums in der Region von der Antike bis zur Gegenwart bestens. ZENIT liegt das Manuskript eines Vortrags vor, den der Bischof am 18. Juni voriges Jahr im fränkischen Ansbach hielt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Freude habe ich die Einladung zum heutigen Vortrag angenommen, obwohl mir bewusst ist, dass das Thema sehr kompliziert ist. Zugleich weiß ich, dass ich dieser Komplexität durch die knappen Worte meines Vortrags nicht gerecht werden kann, was Unzufriedenheit hervorrufen könnte.

Zweifelsohne erfährt die Türkei in den vergangenen Jahren eine immer größere internationale Aufmerksamkeit. Die Gründe dafür sind in verschiedenen Bereichen angesiedelt: das strategische Gewicht durch die geopolitische Lage der Türkei mit Blick auf den Kaukasus und den Nahen Osten, der Antrag, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, das Augenmerk auf die Armenier, die Kurden und auch der Blick auf Zypern; zugleich erfährt die Türkei einen touristischen und kommerziellen Fortschritt. In Deutschland wächst das Interesse vor dem Hintergrund einer starken türkischen Diaspora und den oftmals damit verbundenen Integrationsproblemen.

Für uns Christen von heute ist die Türkei von besonderem Interesse, da sie fundamental für unsere eigene Geschichte ist. Es ist tatsächlich schwer, sich vorzustellen, wie sich das Christentum entwickelt hätte, wenn es nicht hier seine erste große Ausbreitung erlebt hätte. Dieses Land, das zu den Reichsten und dichtest Besiedelten des Römischen Reiches gehörte, mit verschiedenen ethnischen Gruppen, die die Kultur bildeten, mit unterschiedlichen Sprachen und religiösen Ausdrucksformen - dieses wurde zum Sprungbrett, zur Probe für das Maß, in welchem es dem Christentum möglich war, sich in verschiedene Kulturen zu integrieren. Hier wurde die Kirche im Wortsinn „katholisch“ bzw. universell, indem sie die Versuchung - teilweise gar die Gefahr - überwand, eine sektiererische Gruppe oder lediglich eine Gemeinschaft im jüdischen Ambiente mit nationalem Hintergrund zu bleiben. Symptomatisch ist das Faktum, dass im 1. Jahrhundert nach Christus von den 50 christlichen Gemeinschaften 24 in das Gebiet von Kleinasien fielen. Von den 101 Orten, die im Jahr 180 mit dem Christentum in Kontakt gekommen waren, befanden sich 57 in Kleinasien und in den angrenzenden Zonen. Auf diesen Aussagen fußend kann man nur mit Adolf von Harnack übereinstimmen, der deutlich betont, dass alle großen Entwicklungen der christlichen Religion im 2. Jahrhundert ihren Ausgang von Kleinasien genommen haben.

Eine Bestätigung finden wir in den meisten Schriften des Neuen Testaments, die das Licht in diesem Gebiet und die frühe christliche Gemeinschaft hier ansässig sehen. Ich erinnere an die Schriften, die Paulus an die hier vorhandenen Gemeinden schreibt (Galater, Epheser, Kolosser, Philemon) und die Schriften, die er wohl in Ephesus verfasste (1 Thessalonicher und 1 Korinther), und den ersten und zweiten Brief an Timotheus.

Auch ist Ephesus als Hintergrund für das Corpus Johanneum anzusiedeln, vor allem der Prolog und die Endfassung des Evangeliums, mehr noch als die Briefe. In das gleiche Gebiet fällt die Abfassung der Apokalypse, auf der nicht weit entfernten Insel Patmos. Wir dürfen das Matthäusevangelium nicht vergessen, das in einer von Antiochien beeinflussten Gegend geschrieben wurde; das Lukasevangelium und die Apostelgeschichte, die sich detailliert mit dem apostolischen Reiseverlauf des Paulus in Syrien und Kleinasien beschäftigen, schließlich der erste Petrusbrief, verfasst für Christen in Pontus, Galatien, Kappadozien, Asien und Bitinien.

Zwei Autoren der neutestamentlichen Schriften, Paulus von Tarsus und Lukas von Antiochien gehören zu den ersten Zeugen jener Kirche, die im Laufe der Jahrhunderte jene Menschen hervorgebracht haben, die der christlichen Kirche ihre Prägung gaben. Die Geschichtsbücher listen Namen von Bischöfen, Autoren und Theologen auf, die im Gebiet der heutigen Türkei lebten. Ich erinnere nur an Ignatius von Antiochien, Melito von Sardi, Irenäus von Lyon, ursprünglich von Smyrna, Methodius von Olymp, Gregor der Thaumaturg, Basilius von Caesarea und Gregor von Nazianz; die großen Theologen der sogenannten Schule von Antiochien, vor allem Johannes Chrysostomos; die Vertreter der syrischen Kirche: Aphra und Ephräm der Syrer, zudem die große Schar der Märtyrer und Heiligen, deren Namen wir fast täglich im Kalender lesen. Zehn der vierzehn beliebten Volksheiligen, die wir im größten Wallfahrtsort der Erzdiözese Bamberg verehren, stammen aus dem Gebiet der Türkei. Ich möchte nur einige nennen: Nikolaus, Margherita, Blasius und Christopherus.

Ausgehend von diesen Namen müssen wir uns fragen, wie weit heute unser Verständnis des christlichen Mysteriums, des dreifaltigen Gottes, der Kirche wäre, wenn es nicht die Reflexionen dieser Menschen gegeben hätte, die mit ihrem Denken die ersten acht ökumenischen Konzilien beeinflussten, die übrigens alle auf dem Boden der heutigen Türkei stattfanden. Von hier aus hat die erste große christliche Mission bis zum Fernen Osten, ja bis China stattgefunden, zugleich die Missionsarbeit der byzantinischen Christen, die von hier aus zu den slawischen Völkern Europas bis zum Balkan und Russland gingen.

Bei genauer Betrachtung müssen wir eingestehen, dass sich die europäische Kultur zum großen Teil ihren christlichen Wurzeln auf türkischen Boden verdankt. Von dieser glorreichen Vergangenheit ist heute nur noch wenig übrig geblieben. Papst Johannes XXIII., der zehn Jahre als Apostolischer Delegat in Istanbul lebte (1935-1944) und mein Vorgänger als Apostolischer Vikar war, hat bereits vor 70 Jahren die Enttäuschung darüber beschrieben, dass das Christentum dort fast gänzlich verschwunden ist. Im Jahr 1938 schrieb er: „Betrachtet die Türkei! Hier ist das Theater, in dem sich das Leben der christlichen Kirche über Generationen abspielte, hier waren die antiken Diözesen so zahlreich wie die Sterne am Himmel. Heute ist das alles verschwunden: Schwer ist es, die alten Orte wieder zu erkennen, schwierig auch die Präzisierung der alten christlichen Namen“.

Wie ist diese Veränderung zu deuten? Wie kann es sein, dass die Christen, die noch 1927 20 Prozent der Bevölkerung bildeten, heute mit ihren 0,15 Prozent (100.000 ungefähr) kaum noch wahrnehmbar sind? Um es zu begreifen, müssen wir in das ottomanische Reich am Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgehen, in dem die Wirklichkeit multiethnisch und multikulturell war, das aber doppelt geschwächt war. Durch separatistische Spannungen innen und nach außen durch den Expansionsdruck der großen Kolonialmächte.

In diesem schwierigen geschichtlichen Augenblick spielte Mustafa Kemal Atatürk eine fundamentale Rolle, indem er dem Land eine starke nationale Identität gab. Zum Fundament des neuen türkischen Staates erklärte Mustafa Kemal sechs Prinzipien, darunter der Nationalismus, also die Schöpfung eines türkischen Nationalstaates, damit verbunden die Gleichheit der Bürger ohne Berücksichtigung von Volkszugehörigkeit, Sprache und Glauben und das Prinzip des Laizismus, das heißt die Trennung von Religion und Staat und damit die Abschaffung des Islam als Staatsreligion. Atatürk lehnte die Idee ab, dass die Religion das Fundament einer Nation sei und ersetzte sie durch den Nationalismus, die „als Türken jeder Person anerkennt, die sich an den türkischen Staat durch Staatsbürgerschaft und die jede Diskriminierung aufgrund von Sprache, Rasse oder Religion verneint“ (T. C. Anayasa Mahkemesi, Spruch vom 18. Februar 1985).

Das Prinzip des Nationalismus integrierte das Konzept der Laizität. Die Konstitution von 1924 bestätigte noch im 2. Artikel, dass die Religion des türkischen Staates der Islam sei. Diese Feststellung wurde durch die Revision vom 10. April 1924 aufgehoben. Zugleich wurde parallel dazu die religiöse Praxis der „Vertürkung“ unterzogen. Die Kemalisten versuchten, den Islam in die Sphäre der persönlichen Religiosität zu verbannen, gleichsam als persönliche, private Angelegenheit. Im Verhältnis zur muslimischen Gemeinschaft verstanden sie, diese unter die staatliche Kontrolle zu bringen. In diesem Maß kann man von einer türkischen Laizität reden, die auf die vorhergehende Situation reagierte und die Religion dem Staat unterstellte. Das war

vor allem im Hinblick auf den Islam nötig, der sich selbst als eine säkulare Religion sieht, die das soziopolitische Leben zu beeinflussen sucht und somit in Konkurrenz zu einem laizistischen Staatengefüge steht.

Mit dem Übergang im Jahre 1946 vom Einparteiensystem der Republikanischen Volkspartei (CHP) zum Mehrparteiensystem „begann der Wettbewerb um Stimmen und damit die Instrumentalisierung und Politisierung der Religion von unten“ (Karakas). Man entwickelte eine neue Allianz zwischen Religion und Nationalismus, zwischen Islam und Türkentum. Diese Union führte zur Einschreibung des sunnitischen Islam in die offizielle Staatsideologie. Damit verfolgte man das Ziel, staatliche Identität und territoriale Integrität zu bewahren. Diese Veränderung erklärt, wie das 1923 gegründete Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) 1961 eine Sonderstellung in der türkischen Verfassung erhielt. Es befindet sich im Herzen der Polemik über die Laizität des türkischen Staates, da es der direkten Kontrolle des Premierministers untersteht und sich ausschließlich um die sunnitische Religion kümmert. Dadurch diskriminiert das Präsidium die anderen Religionen. „Somit hat der Staat nicht nur sein Neutralitätsgebot gegenüber allen Religionen aufgegeben, sondern sich vor allem ein Interpretations- und Kontrollmonopol über diesen Glauben angeeignet“ (Karakas). Das nationalistische Ideal von Atatürk besagte, dass „alle Menschen, die in der Türkei leben, gleich welcher Ethnie und Religion sie angehören, Türken sind. Dieses Verständnis wurde weiter entwickelt zu einem exklusiven Verständnis: Türkei ist, wessen Muttersprache Türkisch ist und der die sunnitsch-islamische Religionszugehörigkeit hat.“ (O. Oehring).

Der Traktat von Lausanne aus dem Jahre 1923, der zwischen den damaligen europäischen Mächten und der Türkei ausgehandelt wurde und das Recht der Minderheiten betont, wurde nie ganz in die Tat umgesetzt. Im Gegenteil, nach der willkürlichen Definition der damaligen türkischen Behörden wurden nur vier Minderheiten als offiziell anerkannt: Griechisch-Orthodoxe, Bulgaren, Armenier und Juden, das heißt nur solche Minderheiten die zur Zeit des Osmanischen Reiches des Status einer religiös-ethnisch definierten Nation (Millet) hatten. Die arabisch sprechenden Christen, somit die mit Rom Unierten, die syrisch-orthodoxen, die Chaldäer und die römisch-katholischen, die ebenfalls dort 1923 existierten, wurden nicht im Sinne von Lausanne als Minderheiten betrachtet und haben somit nicht die Rechte eines juristischen Organs. Aus dem damaligen laizistischen Umgang mit dem zu stark werdenden politischen Islam ist die Erklärung von Lausanne verständlich, heute indes ist sie obsolet und diskriminierend.

Tatsächlich hat die Kirche aufgrund der Leugnung ihres Rechtsanspruchs nicht nur administrative und ökonomische Verluste, sondern zugleich spirituelle Einbußen erlitten. Das bestätigt die Tatsache, dass es in der Türkei nicht möglich ist, ein Priesterseminar zu eröffnen. Mangels Rechtsfähigkeit können die Kirchen weder Eigentum haben noch erwerben. Eine rechtliche Sicherung christlichen Lebens in der Türkei gibt es nicht. Keine Pfarrei, keine Diözese, keine Ordensgemeinschaft verfügt einen gesicherten rechtlichen Status. Auch die katholische Bischofskonferenz der Türkei hat keine Rechtspersönlichkeit.

Seit Jahren bemühen sich die Bischöfe vergeblich, durch Anregungen von Modifikationen der Gesetze über religiöse Stiftungen, der Vereinsgesetze und der Regelung über die Eröffnung von Kultstätten und die Zulassung religiöser Feiern ihre Lage zu verbessern. Während der türkische sunnitische Islam immer mehr im wirtschaftlichen und politischen Bereich Fuß fasst, bleiben die Kirchen bezüglich ihrer Rechte weiterhin auf der Strecke.

Um die aktuelle Situation der Christen in der Türkei besser verstehen zu können, müssen wir in die späten sechziger Jahre zurückgehen und dabei zwei Ereignisse in den besonderen Blick nehmen: auf der einen Seite des Wiedererstarken islamischer Kongregationen und Bewegungen (tarikats), das zugleich zu einer Politisierung der Religion führte (politischer Islam), das natürlich steht im Gegensatz zu der von Atatürk promulgierten laizistischen Politik; auf der anderen Seite müssen wir auf die Wirklichkeit eines erstarkenden Nationalismus schauen, der weniger durch Überzeugung als durch politisches Kalkül die Sunniten zu Repräsentanten der staatlichen Stipendien machte. Ungeachtet seines Bekenntnisses zum Laizismus betrachtet sich der Staat für religiöse Belange der sunnitischen Muslime selbst als zuständig. Das wird bestätigt durch die Tatsache, dass der Diyanet, das heißt das Büro für

Religiöse Angelegenheiten über rund 90.000 staatlich besoldete Mitarbeiter, Religionsbeamte, Imame, Gebetsrufer, Muftis verfügt. Im Jahr 2003 hat ihr das türkische Parlament weitere 15.000 Planstellen bewilligt. Die höchst unterschiedliche staatliche Handhabung des Laizismusprinzips belastet neben den Aleviten, die durch unterschiedliche Schätzungen zufolge 15 bis 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen und von den Sunniten als heterodox islamische Sondergruppe betrachtet werden, und die christlichen Minderheiten.

Die beiden oben genannten Schienen, Nationalismus und Sunnitentum führten zu einem türkisch-sunnitisch-muslimischen Staatsgebilde, dessen Duftspuren bereits zuvor in der Luft lagen. Hieraus lassen sich die Anschläge und die Verfolgung in den vergangenen Jahren gegenüber katholischen Priestern und protestantischen Gemeindevorstehern erklären, die lediglich als eine Beeinträchtigung und als Störfaktor der nationalen Identität betrachtet werden.

Bei genauer Betrachtung kann man diese Reaktionen gegen Priester und evangelische Christen als Versuch der Nationalisten verstehen, um Europa von der Türkei zu entfernen und die Türken von Europa. Die extremistische nationalistische Partei muss Feinde suchen und bekämpfen, um die eigene Identität zu festigen: ein deutliches Signal - so wie die letzte Parlamentswahl gezeigt hat - dass diese politische Orientierung an Konsens verloren hat.

Sicher, wenn man die Vergangenheit betrachtet, muss man einräumen, dass die lateinische Kirche viele gute soziale Dinge bewirkt hat - Kollegien, Waisenhäuser und Schulen, von denen durch den Nationalismus nicht mehr viel übrig geblieben ist. Doch sie wurde von vielen Türken als ein Fremdkörper verstanden, der ja gerade im 20. Jahrhundert durch die Besatzungsmächte Italien, Frankreich, England und Griechenland unterstützt wurde. Für die türkische Geschichte ist es von immenser Bedeutung, dass die Entstehung des türkischen Staates zugleich der Tod des ottomanischen Reiches und die Befreiung von den Besatzern ist. Es ist anzumerken, dass die christlichen Missionare nie ein Interesse hatten, ein türkisches Christentum zu gründen. Das größte Hindernis war die Sprache: Wer kein Italienisch oder Französisch verstand, konnte nicht Christ werden. Als der Apostolische Delegat Roncalli, um diesem Hindernis zu begegnen, 1936 einige Gebete in Türkisch in die Liturgie integrierte, wurde er denunziert und musste sich vor dem Vatikan verantworten!

Diese Entwicklung hat natürlich über Jahrzehnte dazu geführt, dass die alten Vorurteile weiter geschürt wurden. Ich erlaube mir noch einmal auf den seligen Papst Roncalli zu verweisen. In seinem Tagebuch vermerkt er 1936, dass es nötig sei, die Vorurteile vieler Türken zu überwinden, die diese ja von Kindesbeinen nicht anders gelernt hatten; es gelte ihnen zu zeigen, dass ein Mensch „gut, milde und integer sein kann, auch wenn er nicht dem Islam angehöre“. Heute zahlen wir noch immer für diese mangelnde Inkulturation des Christentums.

Wenn wir von der Vergangenheit zur Gegenwart kommen, muss man einige kleine Verbesserungen eingestehen. Ein wichtiger Schritt ist die Revision des Artikels 301 des Strafgesetzes, nach dem jeder strafrechtlich verfolgt wird, der die türkische Nation beleidigt. Dieser Artikel war so allgemein formuliert, dass jeder verfolgt werden durfte, der nur etwas an der Geschichte des Staates zu kritisieren hatte. Man denke nur an den Genozid der Armenier, über den zu sprechen gar nicht erlaubt war. Ans Licht zu bringen, was zu Beginn des 20. Jahrhunderts geschah, zieht den Hass der türkischen Nationalisten auf sich; zugleich wollen die kemalistischen Intellektuellen stillschweigend am „Status quo“ festhalten.

An diesem Punkt angelangt können wir fragen, wie die aktuelle Situation der Christen in der Türkei aussieht und welche Zukunftsperspektiven es gibt. Eine objektive Beschreibung findet man in der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 5. 1. 2008. „Das Land (die Türkei) - lesen wir - muss einen erneuerten politischen Reformwillen an den Tag legen Gewisse Fortschritte wurden in den Bereichen Meinungsfreiheit, Rechte nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften ... erzielt. Jedoch fehlt noch ein kohärentes und umfassendes politisches Reformprogramm, insbesondere für die Verfassungsreform.“ Bezüglich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes stellt die Kommission „nur begrenzte Fortschritte“ fest „Was die Religionsfreiheit anbelangt, wird durch das nunmehr verabschiedete Stiftungsgesetz eine Reihe von Fragen bezüglich der Eigentumsrechte nicht-

muslimischer Religionsgemeinschaften geklärt. Es muss jedoch noch ein mit der Europäischen Menschenrechtskonvention übereinstimmender Rechtsrahmen geschaffen werden, der sicherstellt, dass die nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften und die Aleviten keinerlei ungebührlichen Beschränkungen unterworfen sind. Die Türkei muss weitere Anstrengungen unternehmen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die einer uneingeschränkten Achtung der Religionsfreiheit in der Praxis förderlich ist."

Wie man aus dieser aktuellen Bestandsaufnahme herauslesen kann, besteht das Problem in dem Schritt der Umsetzung: vom Wort und dem Dekret bis in die Praxis kann es ein sehr langer Weg sein. Tatsächlich ist der Druck gegenüber den sogenannten Minderheiten noch immer groß: Steuern, Kontrollen, Diskriminierung, etc.¹. Manche Reformen sind nichts anderes als kleine Ausbesserungen. Ein Beispiel ist die Immobilienfrage. Im Februar 2008 wurde ein Gesetz erlassen, um den Gemeinschaften (vor allem den Griechen, Armeniern und Juden) ihre Besitzungen zurück zu geben, die der Staat 1974 konfisziert hatte. Natürlich wurden auch der katholischen Kirche Immobilien enteignet. Aber so lange die katholische Kirche nicht rechtlich anerkannt ist, gibt es keine Möglichkeit einer Restitution der konfiszierten Gebäude und Liegenschaften. Wem sollten die Güter zurückgegeben werden, wenn wir in Wirklichkeit als Rechtsperson nicht existieren?

Wie man leicht versteht, liegt das Problem in der Religionsfreiheit und in der rechtlichen Anerkennung der Kirche. Diesbezüglich haben der Europäische Rat und die Europäische Kommission die Türkei nachdrücklich aufgefordert, den unilateral geschlossenen Vertrag von Lausanne hinsichtlich der religiösen Minderheiten zu überarbeiten. Gleichzeitig bitten sie darum, die Konventionen und die Menschenrechte hinsichtlich der Religionsfreiheit zu wahren.

Bei vielen Beobachtern verstärkt sich der Eindruck, dass sich in der Türkei nichts ohne den Druck von außen bewegt. Das beste Beispiel dafür bietet Tarsus. Ich möchte hierbei das große Interesse der staatlichen türkischen Autoritäten betonen, mit dem sie die 2.000-Jahr-Feier des Paulus von Tarsus verfolgen. Ohne das Interesse der deutschen Bischöfe und der deutschen Bundesregierung hätten wir, als Bischöfe der Türkei, kaum etwas machen können. Wenn, wie ich es mir wünsche, die Kirche in Tarsus genehmigt wird - dort, wo momentan ein Museum ist - wäre das ein wichtiges Zeichen, dass man tatsächlich zu einer Demokratie kommen will, die zugleich den Pluralismus erlaubt! Wir dürfen aber nicht vergessen, dass dieser Weg ein Aufstieg ist.

Im Pastoral Schreiben an die Gläubigen anlässlich des Paulusjahres haben wir aufgezeigt, dass die Christen in der Türkei am Leiden des heiligen Paulus teilhaben. Zugleich hat ihn nichts in seinem Missionseifer halten können. Wir haben ihn als Apostel der christlichen Identität definiert, da er sich auf keine falschen Kompromisse eingelassen hat, die frohe Botschaft überall verkündete und es nie zu Formen von Synkretismus kommen ließ. Das war seine Haltung gegen jene jüdischen Strömungen, die das Heilswerk Christi banalisierten, genauso wie gegen jene, die ein Christentum ohne Konversion als Ausdruck ihrer vermeintlichen Freiheit vertraten. Die Verkündigung Christi - wie Paulus sagt: Ärgernis und Torheit für viele - ist der Ausgangspunkt für den Dialog mit dem Islam. Es geht um einen wahrhaftigen Dialog, der nicht die Unterschiedlichkeit ignorieren darf. Nach dem großen Rückgang der Christen in der Türkei sind wir heute wieder in der Position der kleinen paulinischen Gemeinden, die mehr denn je gefragt sind, von ihrem Glauben Zeugnis abzulegen. Ich weiß nicht, ob diese knappen Ausführungen rechtfertigen, warum ich von der Türkei als dem „heiligen Land der Kirche" rede. Ich meine, dass dieses Attribut der geschichtlichen Wahrheit am besten entspricht. Wenn unsere Wurzeln auf das Land Jesu zurückgehen, dann finden wir hier den Stamm des Baumes, der Christentum heißt. Und es ist gut, wenn die Äste, die heute leben, weder die Wurzel, noch den Stamm, und somit auch uns in der Türkei nicht vergessen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,
Bischof Luigi Padovese, Apostolischer Vikar von Anatolien, Vorsitzender der türkischen Bischofskonferenz

Quelle: <http://www.zenit.org/article-20894?l=german>
<http://www.zenit.org/article-21008?l=german>